

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales  
und Gesundheit  
am Donnerstag, dem 24.11.2016, im Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum A 4.01)**

**Beginn: 14:30 Uhr  
Ende: 17:50 Uhr**

	Seite
<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>	
1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2. Vorstellung des Sozialleistungsberichtes 2016 <b>153/2016</b>	5
3. Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung des Budgets des Jobcenters, des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes für das Jahr 2017 <b>152/2016</b>	7
4. Jobcenter Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht <b>166/2016</b>	11
5. Vorstellung der Aufgaben des Kinder- und Ju- gendgesundheitsdienstes <b>151/2016</b>	13

**Anlagen**

- Anlage 1      Entwicklung der Fallzahlen und Ausgaben für die Pflege  
im Kreis Warendorf
- Anlage 2      Sachstandsbericht des Jobcenters
- Anlage 3      Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Kreis Warendorf

**Anwesend:**

<b>Ausschussmitglieder</b>
Aydemir, Ergül
Birkhahn, Astrid
Blömker, Franz-Ludwig
Geiger, Andrea
Hein-Kötter, Dorothea
Hermans, Pia
Hohmann de Palma, Ingrid
Hövelmann, Volker
Schindler, Ron
Schmelter, Marion
Steinkolk, Uwe
Stöppel, Gregor
Strecker, Rita
Strübbe, Robert
<b>stellv. Ausschussmitglieder</b>
Berkhoff, Henrich
Harrendorf-Vorländer, Birgit
Luster-Haggeney, Rudolf
Schulte, Stephan
<b>von der Verwaltung</b>
Ahlbrand, Sandra
Altrogge, Stefanie
Börger, Heinz Dr.
Funke, Stefan Dr.
Hanewinkel, Martin
Klausmeier, Brigitte
Middendorf, Anne
Rehfeldt, Elke Dr.
Schabhüser, Helmut
Scheidler, Jan
Schröder, Helen
Uhkötter, Richard

**Es fehlten entschuldigt:****Ausschussmitglieder**

Heringloh-Poll, Norbert

Jacobi, Silvia

Lehnert, Susanne Dr.

Werning, Frederik

Herr Strübbe eröffnet um 14:30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung zum Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 10.11.2016 form- und fristgerecht erfolgt ist.

Frau Hermans beantragt, den Tagesordnungspunkt 4 vorzuziehen und vor den Haushaltsplanberatungen als Tagesordnungspunkt 3 zu behandeln.

Herr Strübbe lässt über den Antrag abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>I. Öffentlicher Teil</b>
-----------------------------

<b>1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b>
--

Es wurden keine Fragen gestellt.

**2. Vorstellung des Sozialleistungsberichtes 2016****153/2016**

Frau Middendorf erläutert im Rahmen des Sozialleistungsberichtes die Fallzahlen und Ausgaben der ambulanten und stationären Hilfe zur Pflege sowie der Investitionskostenzuschüsse ambulant, teilstationär und vollstationär (Seiten 52-53, 57-58 des Sozialleistungsberichtes) anhand einer Präsentation (sh. Anlage 1). Die Kosten in der Pflege seien deutlich angestiegen.

Durch Einrichtung zweier weiterer Vollzeitstellen für das Projekt „ambulant vor stationär“ in der Pflege- und Wohnberatung könne inzwischen eine Reduzierung der Kosten der ambulanten Hilfe zur Pflege erreicht werden.

Die Auswirkungen des 2. Pflegestärkungsgesetzes seien derzeit noch schlecht kalkulierbar, es Zahl der Fälle werde jedoch durch den leichteren Zugang zum System steigen.

Frau Middendorf begründet den Anstieg bei den Leistungen der stationären Hilfe zur Pflege im Wesentlichen mit drei Faktoren:

1. Steigerung der Pflegekosten zwischen 2,3 % und 6,1 %
2. Fallzahlenanstieg
3. höhere Anzahl Pflegebedürftiger in den kostenintensiveren Pflegestufen 2 und 3

Zudem sei feststellbar, dass vermehrt Menschen, die bisher Eingliederungshilfe durch den LWL bezogen haben, nun in den Pflegebereich wechseln.

Die Auswirkungen des 2. Pflegestärkungsgesetzes für den stationären Bereich seien bisher nicht zu beziffern, da die zum 01.01.2017 geltenden einrichtungsbezogenen Eigenanteile für die Pflege noch nicht bekannt seien.

Zu den stationären Investitionskosten erläutert Frau Middendorf, dass der Haushaltsansatz 2017 gegenüber 2016 um 6,25 % steige. Alle derzeitigen Bewohner mit der Pflegestufe „0“ und einer eingeschränkten Alltagskompetenz würden ab 2017 Pflegewohngeld erhalten, die Fallzahlen würden daher steigen.

Die deutliche Steigerung der Ausgaben bei den teilstationären Investitionskosten begründe sich durch die vermehrte Inanspruchnahme der Tagespflegeeinrichtungen. Diese wiederum stehe in direktem Zusammenhang mit der Ausweitung der Pflegeversicherungsleistungen seit dem 01.01.2015 und dem Ausbau des Angebotes.

Nachfragen von Herrn Blömker zu den Seiten 47 und 62/63 des Sozialleistungsberichtes werden von Frau Dr. Rehfeldt beantwortet. Zum Präventionsprojekt „Kindergarten in Bewegung“ erläutert Frau Dr. Rehfeldt, dass die Kinder in der Regel nicht langfristig in den Sportvereinen bleiben. Die Gründe hierfür seien nicht bekannt. Bei den Kindern komme das Projekt gut an.

Herr Dr. Börger erklärt, dass Frau Lummer in der nächsten Sitzung zum Thema frühe Bewegungsangebote berichten solle.

Herr Blömker erkundigt sich, inwieweit die Verbraucherberatung (Seite 95 des Sozialeistungsberichtes) von Flüchtlingen in Anspruch genommen werde.

Herr Uhkötter erklärt, dieses bei der Verbraucherberatung abfragen zu müssen.

*Ergebnis:*

*Die Beratungsstelle hat erklärt, dass bis zum 05.12.2016 in 2016 59 Flüchtlinge beraten wurden. Am häufigsten ging es um Energielieferverträge an der Haustür, Telekommunikationsverträge, Kreditkartenbestellungen im Internet oder um Internetabzocke allgemein.*

Frau Birkhahn bittet darum, das Thema Betreuungen nach dem Betreuungsgesetz (Seiten 16/17) in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Herr Uhkötter erklärt auf Nachfrage von Frau Hohmann de Palma zu Beihilfen für Bestattungskosten (Seiten 15/16), dass diese u. a. von der Anzahl der Verpflichten sowie den Einkommens- und Vermögensverhältnissen abhängig sei. Er berichtet über das Antragsverfahren und welche Kosten berücksichtigt bzw. nicht berücksichtigt werden können.

<b>3.</b>	<b>Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung des Budgets des Jobcenters, des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes für das Jahr 2017</b>	<b>152/2016</b>
-----------	--	-----------------

Den Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit liegt der vom Landrat in der Sitzung des Kreistages vom 28.10.2016 eingebrachte Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2017 vor.

Darüber hinaus liegen den Anwesenden nachstehende Anträge zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2017 vor.

1. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 11.11.2016:  
Erhöhung des Zuschusses für die Vereine Frauen helfen Frauen e.V.
2. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 13.11.2016:  
Unterstützung des Antrages der Vereine Frauen helfen Frauen e.V.
3. Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und FDP vom 16.11.2016:  
Erhöhung des Zuschusses für die Vereine Frauen helfen Frauen e.V.
4. Antrag der Vereine Frauen helfen Frauen e.V. vom 24.08.2016
5. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 16.11.2016:  
Kürzung des Stellenplans Jobcenter/Integrationsbereich um 0,5 Stellen
6. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:  
Schuldnerberatung im Kreis Warendorf

Daneben liegen Änderungen der Kreisverwaltung zum Haushaltsplanentwurf 2017 vor.

Herr Strübbe stellt die relevanten Seiten des Haushaltsplanentwurfes 2017 (Kennzahlen, Aufwendungen, Erträge) für die Ämter

- Sozialamt,
- Jobcenter und
- Gesundheitsamt

sowie die vorgenannten Anträge zur Beratung und Abstimmung.

Zu den Seiten 217 und 221 weist Frau Middendorf auf Änderungen im Ergebnisplan hin.

Zur Seite 222 teilt Herr Dr. Börger mit, dass Anträge der Telefonseelsorgen Hamm und Münster, der Lebenshilfe e.V. Warendorf sowie des Paritätischen, Warendorf vorliegen. Die beantragten Zuschüsse seien bereits im Haushaltsplan berücksichtigt.

Des Weiteren liegen zum Produkt 050130 Hilfen in besonderen Lebenssituationen die o.g. **Anträge Ziff. 1 – 4** vor.

Herr Schulte, Herr Blömker, Frau Birkhahn und Herr Schindler begründen die vorliegenden Anträge.

Herr Blömker verweist auf den Bericht der Frauenberatungsstellen in der Sitzung am 24.09.2015 und den sich verändernden Bedarf, Frau Harrendorf-Vorländer berichtet über den zunehmenden Einsatz von K.O.-Tropfen. Herr Schindler und Frau Birkhahn sehen allein dadurch noch nicht einen nachgewiesenen Mehrbedarf, wollen mit ihrem Antrag gleichwohl das unverzichtbare Angebot weiterhin auskömmlich unterstützen. Auf den Hinweis von Frau Birkhahn, das Land habe sein im Koalitionsvertrag gegebenes Versprechen einer sicheren Finanzierung der Frauenberatungsstellen nicht eingehalten, entgegnet Herr Stöppel, dass dieses Fehlverhalten nicht zu Lasten der Frauenberatungsstellen gehen dürfe. Herr Stöppel und Herr Schulte verweisen auf die notwendige Bedarfsdeckung vor Ort.

Herr Dr. Börger berichtet, dass die Bürgermeister den Antrag der Frauenberatungsstellen zugestimmt hätten, dies sei allerdings erst nach Aufstellung des Haushaltsplanes erfolgt.

Herr Uhkötter erläutert, dass aktuell für die Frauenberatungsstelle Warendorf 1,5 Stellen gefördert werden, für Frauenberatungsstelle Beckum 1,5 Stellen für die Frauenberatung, eine halbe Stelle für die Fachstelle gegen sexualisierte Gewalt und für zusätzlichen Beratungsbedarf seit 2016 weitere 7.500,00 €.

Herr Schulte stellt den Antrag, die Sitzung zu unterbrechen um den anwesenden Mitarbeiterinnen der Frauenberatungsstellen die Möglichkeit zur Erläuterung des erhöhten Finanzierungsbedarfs zu geben.

Herr Strübbe lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Antrag abgelehnt  
8 Ja-Stimmen  
8 Nein-Stimmen

Frau Hermans weist darauf hin, dass es offensichtlich noch Beratungsbedarf bei einzelnen Fraktionen gäbe. Sie stellt den Antrag, die Entscheidung über die vorliegenden Anträge auf die Sitzung des Kreisausschusses am 09.12.2016 zu vertagen.

Herr Strübbe lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen  
Ja 11 Stimmen  
Nein 0 Stimmen  
Enthaltung 5 Stimmen

Herr Blömker erkundigt sich, ob die Richtlinien zur Förderung der Seniorenarbeit noch in Bearbeitung seien und wann darüber im Ausschuss beraten werde. Die Fortschreibung sei wichtig für Projekte und Initiativen. Über diese Richtlinie könne auch eine Bezuschussung des Vereins Anti-Rost Kreis Warendorf e.V. erfolgen.



Herr Dr. Börger erklärt, dass die entsprechenden Fördermittel selten in Anspruch genommen werden, eine Bearbeitung der Richtlinien sei aktuell jedoch nicht vorgesehen.

Zum Produkt 050210 Grundsicherung für Arbeitssuchende liegt ein Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vor (sh. Antrag Ziff. 5).

Frau Birkhahn erläutert den Antrag vom auf Kürzung des Stellenplans Jobcenter/Integrationsbereich um 0,5 Stellen.

Herr Strübbe lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:	mehrheitlich angenommen
	Ja                    8 Stimmen
	Nein                5 Stimmen
	Enthaltung       0 Stimmen

Zur Seite 228 weist Frau Klausmeier auf eine Änderung im Ergebnisplan hin und erläutert diese.

Zum Produkt 050420 Schuldnerberatung liegt ein Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (sh. Ziffer 6) vor. Frau Hohmann de Palma begründet den Antrag auf eine neue wirkorientierte Kennzahl, die einen wesentlich kürzeren Zeitraum als 3 Monate zu Grunde legt. Ideal wäre die Vermeidung von Wartezeiten.

Frau Middendorf erklärt, dass eine kürzere Wartezeit nur durch eine Personalaufstockung erreicht werden könne. Sie weist darauf hin, dass durch die wöchentliche Sprechstunde Klienten bei Notfällen wie Stromsperrung eine sofortige Beratung und Hilfestellung erhalten können. Eine entsprechende Statistik über die Zahl der Notfälle liege nicht vor. Herr Uhkötter ergänzt, dass die offene Sprechstunde von etwa 250 Personen jährlich aufgesucht werde.

Herr Hanewinkel teilt mit, dass eine, 3-monatige Wartezeit auskömmlich sei.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass eine „bessere Kennzahl“ mehr Personal erfordere, der Antrag wäre daher umzuformulieren.

Frau Hohmann de Palma zieht den Antrag zurück. Sie bittet in 2017 um einen Bericht zur Schuldnerberatung.

Frau Middendorf erläutert die Änderungen der Kennzahlen auf den Seiten 247 und 248 sowie der Änderungen im Ergebnisplan auf Seite 249.

Zum Produkt 050440 Pflege, Pos. 16, erkundigt sich Herr Blömker hinsichtlich der Erstellung des Quartierskonzepts.

Für dessen Umsetzung stünden 10.000,00 € im Haushalt bereit. Herr Blömker bittet darum, ggf. vorhandene Drittmittel für zusätzliche Leistungen zu nutzen.

An der Diskussion zum Haushaltsplanentwurf beteiligen sich Herr Schulte, Herr Blömker, Frau Birkhahn, Herr Stöppel, Herr Schindler, Frau Hermans und Frau Hohmann de Palma.

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag: Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Jahr 2017 wird, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit gegeben ist, mit den im Ausschuss beschlossenen Änderungen zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**Ja 7 Stimmen**

**Nein 0 Stimmen**

**Enthaltung 8 Stimmen**

**4. Jobcenter Kreis Warendorf****166/2016**

Frau Klausmeier verweist auf die vor der Sitzung per Mail zur Verfügung gestellte Präsentation der statistischen Daten des Jobcenters (sh. Anlage 2):

- die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften, Leistungsberechtigten und die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten,
- die Entwicklung der Zahl der zugewanderten Flüchtlinge,
- Ausländische erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach Nationalität,
- die Entwicklung der unter 25-jährigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten,
- die Entwicklung der Langzeitleistungsbeziehenden und der Langzeitarbeitslosen,
- Zugangsgründe im SGB II
- Abgangsgründe aus Leistungsbezug SGB II
- ausgewählte Kennzahlen,
- erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit sowie
- die Kosten der Unterkunft und Heizung
- die Steuerung der Kosten der Unterkunft

Sie weist darauf hin, dass bei der Prognose zur Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften von 8.800 ausgegangen war. Bisher seien weniger Flüchtlinge als erwartet in den Rechtskreis des SGB II gewechselt. Da viele Flüchtlinge eine hohe Bleibeperspektive hätten, würden sich die Zahlen jedoch noch deutlich erhöhen.

Herr Blömker erkundigt sich zur Qualität der erreichten Integrationen, z. B. bei Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Diese reiche nicht immer um finanziell unabhängig zu werden. Es stelle sich die Frage, wie die Ergebnisse und Nachhaltigkeit der Integrationen verbessert werden könne. Des Weiteren bittet er um Daten zum SGB II-Bezug von Kindern auch im Zusammenhang mit familiär verfestigter Hilfebedürftigkeit.

Frau Klausmeier sagt zu, dass die Präsentation künftig um Aussagen zur Nachhaltigkeit von Integrationen und zur Frage, inwieweit Integrationen bedarfsdeckend sind, ergänzt wird. Außerdem kündigt sie an, dass in einer der nächsten Sitzungen über das vom Land geförderte Projekt „Familiär verfestigte Arbeitslosigkeit – Soziale Dienstleistungen Hand in Hand“, das vom 01.01.2014 bis 30.09.2015 durchgeführt wurde, berichtet wird.

Auf Nachfrage von Frau Hermans teilt Frau Klausmeier mit, dass bis auf eine alle zusätzlichen Stellen zeitnah besetzt werden konnten.

Es seien 2016 sechs neue Stellen für den aktivierenden Bereich außerplanmäßig eingerichtet worden. Besetzt worden seien diese mit Quereinsteigern. Es seien verschiedenste Berufsgruppen vertreten, eine gründliche Einarbeitung sei daher erforderlich.

Der Fallschlüssel liege im aktivierenden Bereich bei 1: 100 Bedarfsgemeinschaften bzw. 1: 150 erwerbsfähige Leistungsberechtigte.

Herr Dr. Funke bestätigt eine hohe Personalfuktuation im Jobcenter. Es werde daher großen Wert auf die Einarbeitung gelegt, vereinbarte Fallschlüssel werden eingehalten. Derzeit sei eine leichte Personalüberdeckung beim Personal vorhanden, dieses sei vor dem Hintergrund der zu erwartenden Flüchtlingszahlen vertretbar.

Frau Hohmann de Palma erkundigt sich nach dem Bedarf an Gebärdensprachdolmetschern im Jobcenter zur Verständigung mit schwerhörigen oder gehörlosen Leistungsberechtigten.

Herr Hanewinkel erklärt, dass bisher noch kein entsprechender Bedarf bekannt sei. Es werde entsprechende Abfrage bei den Anlaufstellen erfolgen und das Ergebnis dem Protokoll beigefügt.

*Ergebnis:*

*Eine anschließende Abfrage im Jobcenter nach benötigten Gebärdensprachdolmetschern hat für das Jahr 2016 ergeben, dass in vier Fällen ein Gebärdensprachdolmetscher benötigt wurde.*

Frau Klausmeier berichtet außerdem über das durch den Kreisausschuss am 02.10.2015 beschlossene und auf zwei Jahre angelegte Projekt zur Steuerung der Kosten der Unterkunft. Nach Ablauf des ersten Jahres konnten noch nicht alle Aufgaben begonnen werden, weil es keine konstante personelle Besetzung der Stelle des „KdU-Managers“ gab. Es sei aber sichergestellt, dass das Schlüssige Konzept als Basis für die Bestimmung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft zum 01.01.2017 überprüft und angepasst sei.

<b>5.</b>	<b>Vorstellung der Aufgaben des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes</b>	<b>151/2016</b>
-----------	---	-----------------

Herr Dr. Scheidler berichtet über die Aufgaben des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes (sh. Anlage 3). Er weist insbesondere auf leicht steigende Zahlen bei den Einschulungsuntersuchungen für das Schuljahr 2016/2017 hin.

Die Untersuchungen der seiteneinsteigenden Kinder und Jugendlichen wird erläutert und deren Bedeutung dargestellt.

Die Fallzahl der Gutachten hat in den letzten 2 Jahren um ca. 20 % zugenommen. Hier ist vor allem eine Zunahme der Stellungnahmen nach dem AsylbLG zu vermerken.

Frau Geiger bittet eine Presseerklärung zur zentralen Durchführung der Schuleingangsuntersuchungen an den drei Dienststellen des Gesundheitsamtes zu veröffentlichen.

Herr Dr. Börger erklärt, dass eine Presseinformation bereits erfolgt sei. Er bestätigt, dass in den Dienststellen des Gesundheitsamtes in der Regel eine bessere räumliche Ausstattung gegeben sei, zudem seien die erforderlichen Gerätschaften vor Ort.

Er weist darauf hin, dass im Kommunalen Integrationszentrum des Schulamtes eine weitere Stelle eingerichtet werde, die sich um den geeigneten Schulort für Migranten und Flüchtlinge kümmert. Die neue Mitarbeiterin sei ausgebildete Lehrerin und werde in enger Absprache mit dem Gesundheitsamt zusammenarbeiten.

Auf Nachfrage von Frau Hein-Kötter erläutert Herr Dr. Scheidler, dass die Durchimpfungsraten bei den Einschülern im Kreis Warendorf über 90% liegen.

Herr Strübbe dankt Herrn Dr. Scheidler für dessen Bericht.

An der Diskussion über den Bericht von Herrn Dr. Scheidler beteiligen sich Frau Birkhahn, Frau Geiger und Herr Blömker.

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 17:50 Uhr.

Robert Strübbe  
Vorsitzender

Dr. Heinz Börger  
Schriftführer

